

Weltwirtschaft Teufelskreis der Angst

Es ist in diesen Tagen einfach, Ängste zu schüren. Ob Europa, Flüchtlingskrise, Frankenstärke oder Börsencrash: Die Menschen sind empfänglich für Hiobsbotschaften. Manch einer kocht sein Süppchen auf diesen Ängsten. Nicht nur, aber vor allem in der Politik. Einige dieser Sorgen sind nachvollziehbar, andere nicht. Auf jeden Fall sind diese Ängste real.

Ein Blick in die jüngsten Umfrageergebnisse macht dies deutlich. So hat sich die Konsumentenstimmung in der Schweiz seit dem Frankenschock vor anderthalb Jahren kaum erholt. Auch die Unternehmen sind zurzeit weit von einer optimistischen Einschätzung der Zukunft entfernt. Von einer Aufbruchsstimmung wollen wir gar nicht erst reden.

Warum sollte man aber auch angesichts der vielen Probleme auf der Welt und in der Schweiz in Optimismus verfallen? Vermittelt einem nicht gerade die Landesführung, dass es schlecht steht um den Zustand der Welt?

Die Beziehungen zwischen den USA und Russland sind angespannt

Damit wir uns richtig verstehen: Natürlich gibt es eine grosse Reihe von beachtlichen Risiken. Niemand darf ignorieren, dass die Beziehungen zwischen den USA und Russland zurzeit sehr angespannt sind. Auch ist das Verhalten der Chinesen im Südchinesischen Meer alles andere als harmlos. Die veränderte aussenpolitische Strategie der Japaner ist bemerkenswert. Der Terrorismus ist alles andere als unter Kontrolle. Die Europäische Union tut sich schwer damit, sich nach der Willenserklärung der Briten zum Austritt neu zu definieren. Das Verhältnis Schweiz-EU ist verfah-



Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Wir dürfen mit Optimismus in die Zukunft schauen.»

ren. Und sicherlich überschattet die weltweit spürbare Zunahme des Populismus in den Industrienationen auch die gesellschaftspolitische Lage in unseren Ländern. Selbstverständlichkeiten aufgekärter Gesellschaften werden in Frage gestellt. Selbst vor den Menschenrechten und dem Völkerrecht haben die Populisten unverhohlen keinen Respekt mehr.

Auch wirtschaftlich ist die Liste der Risiken beachtlich. Der Rückgang von Produktivität und Unternehmensinvestitionen in den USA lässt die Sorge um eine mögliche Rezession deutlich wachsen. In Europa bleibt die Lage Griechenlands prekär. Ein Schuldenschnitt scheint unvermeidlich. Kaum aufgeflammt, erlahmt auch schon wieder die Konjunktur in Italien. Und die exorbitanten Lohnforderungen der deutschen Gewerkschaften lassen aufhorchen. In Grossbritannien führen die Unsicherheiten um den anstehenden Brexit wohl zu einer Zurückhaltung bei den Unternehmensinvestitionen. Bei uns belastet der anhaltend starke Franken die Margen der Exporteure.

Das wohl wichtigste wirtschaftliche Risiko bleibt aber der Anstieg der Inflation. Damit ist nicht das Schreckgespenst einer Hyperinflation gemeint. Dabei geben sich die Zentralbanken alle Mühe, uns auch diesbezüglich Sorge zu bereiten. Zur Erinnerung: In den USA ist seit Beginn der Finanzkrise die Basisgeldmenge um 350 Prozent angestiegen. In der Eurozone sind es 250, in Grossbritannien 600 und in der Schweiz unglücklicherweise 1100 Prozent. Nein, zunächst einmal steigt die Inflation aufgrund der nicht mehr weiter fallenden Ölpreise nur wieder auf ihre Kernrate. Je nach Land bedeutet das aber einen Inflationsanstieg von 1 bis 2 Prozentpunkten. Bei Zinssätzen um die Nulllinie besteht damit die Gefahr erheblicher Verwerfungen an den Finanzmärkten.

All diese Risiken lassen sich nicht leugnen. Aber gab es nicht zu jedem Zeitpunkt immer schon erhebliche Risiken? War die Welt früher wirklich besser als heute?

Sorge um die Schweizer Wirtschaft

Ich glaube nicht. Meinen Militärdienst habe ich noch zu Zeiten des Kalten Krieges geleistet. Die Sorge um den Frieden war gross und berechtigt. Ein friedliches Zusammenwachsen Europas war damals unvorstellbar. Wir haben die Börsencrashes von 1987, 2000 und 2008 gesehen und uns Sorgen darüber gemacht, wie es in der Finanzwelt weitergehen würde. Wir haben 9/11 und eine unglückliche Serie von Terroranschlägen erlebt und Angst davor gehabt, dass auch wir und unsere Liebsten betroffen sein könnten. Die Jahre 2011 und 2015 haben zwei starke Aufwertungen des Frankens gebracht, und wir haben uns gesorgt, dass die Schweizer Wirtschaft grossen Schaden nehmen könnte.

Ich glaube, wir dürfen, auch wenn wir derzeit wirklich vor einer schwierigen Phase stehen, mit Optimismus in die Zukunft schauen. Schwierigkeiten können gemeistert werden, wenn wir respektvoll mit der Vergangenheit umgehen, die Gegenwart mit Realismus betrachten und optimistisch die Zukunft beschreiben. Die ständige Angst vor der nächsten Krise verhindert aber genau das. Und der Versuch, mit verzweifelten Massnahmen das Unabwendbare abzuwenden, verlängert nur die Agonie. Wer führen will, sei es seine Unternehmung oder das Land, darf nicht Angst verbreiten. Das gilt besonders in Krisenzeiten. Ich wünsche mir, dass die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen sich daran erinnern würden.

Fair-Preis-Initiative Zu schön, um wahr zu sein

Ein bunt zusammengesetztes Komitee hat mit der finanziellen Unterstützung von Migros eine Initiative zur Bekämpfung der «Hochpreisinsel Schweiz» lanciert.

Jahrzehntelang hätten wir uns «missbräuchliche Schweiz-Zuschläge» gefallen lassen müssen. Damit sei nun endlich Schluss. Wie lassen sich die hohen Preise in der Schweiz bekämpfen? Gemäss den Initianten ist der Abbau kostentreibender Regulierungen, Lohnverzicht oder eine Lockerung der Landwirtschaftspolitik nicht notwendig. Das Problem liege einzig bei ausländischen Konzernen, welche die Schweizer «abzockten». Entsprechend brauche es nur eine Verschärfung des Kartellgesetzes. Das klingt zu schön, um wahr zu sein.

Ausweitung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht

Derzeit unterliegen bloss marktbeherrschende Unternehmen besonderen Verhaltensvorschriften. Die Initiative sieht nun vor, diese Missbrauchsaufsicht auf «relativ marktmächtige Unternehmen» auszuweiten. Die Definition der relativen Marktmacht im Initiativtext ist zu kompliziert, als dass sie hier wiedergegeben werden könnte. Es lässt sich aber festhalten, dass eine



«Selbst Firmen mit spezialisierten Rechtsabteilungen wären überfordert»

Daniel Emch
Rechtsanwalt, Kellerhals Carrard

beträchtliche Anzahl grosser Unternehmen und KMU diesen Verhaltensvorschriften unterstellt würde. Diese dürfte den Abschluss eines Vertrages nur dann ablehnen, wenn sie sachliche Gründe wie Kapazitätsengpässe nachweisen könnte. Auch der Vertragsinhalt würde reguliert. Rabatte wären etwa nur dann zulässig, wenn entsprechende Kosteneinsparungen nachgewiesen würden. Die Rechtsprechung ist derzeit komplex, dass selbst Konzerne mit spezialisierten Rechtsdiensten überfordert wären.

Würde die Initiative angenommen, wären diese Regeln schweizweit auf «relativ marktmächtige» Unternehmen anwendbar, und zwar auch dann, wenn überhaupt kein Zusammenhang zur Hochpreisinselproblematik bestünde. Die Folge wäre, dass viele KMU entweder teuren Rat spezialisierter Anwälte einkaufen müssten, oder aber Verfahren riskieren würden.

Die Initiative sieht weiter vor, dass Schweizer Unternehmen das Recht bekommen, ihre Waren im Land ihrer Wahl zu beziehen. Statt bei der Schweizer Vertretung könnten Rasierklingen neu in Portugal oder Burkina Faso eingekauft werden. Die Detailhändler wären aber nicht verpflichtet, die Einsparungen den Konsumenten weiterzugeben.

Kaufkraftbasierte Preisdifferenzierungen werden von Ökonomen als wohlfahrtsfördernd eingestuft. Auch die Initianten schrecken davor zurück, die Schweizer Industrie einem solchen Preisdifferenzierungsverbot zu unterstellen. Schweizer Produzenten sollen aufgrund einer Ausnahme weiterhin die Schweizer Kaufkraft abschöpfen können. Dies würde deutschen Mitbewerbern aber untersagt.

Unternehmen müssten im Ausland nur dann liefern, wenn sie ihre Ware im Ausland

und in der Schweiz anböten. Entsprechend könnten sie sich der Lieferpflicht entziehen, indem sie die Waren in der Schweiz nicht oder in anderer Form verkauften. Es besteht weiter die Gefahr, dass lokale Vertriebsstrukturen zerlegt würden. Gewisse Unternehmen, etwa Buchhändler, sind auf lokale Vertriebsstrukturen angewiesen. Beispielsweise, weil sie nicht im Laden vorrätige Produkte auf Kundenwunsch rasch nachbestellen wollen.

Symbolpolitik mit unerwünschten Nebenwirkungen

Wäre die Initiative überhaupt durchsetzbar? Die Wettbewerbskommission kann ihre Verfügungen im Ausland nicht vollstrecken. Ein Vorgehen über Zivilgerichte wirft ungelöste Fragen auf. Eine seriöse Abschätzung der Regulierungsfolgen ergibt überdies, dass die Initiative erstens unverhältnismässige Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit vorsieht, zweitens volkswirtschaftlich schädlich und drittens nicht geeignet wäre, die Hochpreisinsel zu knacken. Solange die hiesige Kaufkraft überdurchschnittlich ist, muss ein erhöhtes Preisniveau hingenommen werden. Auf Symbolpolitik mit unerwünschten Nebenwirkungen sollte verzichtet werden.

DIALOG



HZ Nr. 38 22.9.2016
«Nordkorea erschreckt die Weltgemeinschaft»
Die Gefahr eines selbstmörderischen Angriffs durch Nordkorea steigt weiter an. Der Vater von Kim Jong Un war schon heftig und der aktuelle Kim ist auch unberechenbar. Und gerade deshalb sollte man Kim Jong Un die Zündhölzer langsam wegnehmen. Nordkorea hat mittlerweile ausreichend Drohungen ausgesprochen, die einen Präventiv-

schlag durchaus rechtfertigen würden.
B. Kerzenmacher

HZ Nr. 38 22.9.2016
«Debatte um AHVplus»
Das grosse Problem ist die Einstellung zu vieler zum so verlockenden System der Umverteilung und die Anspruchshaltung gegenüber dem «System», welche sich bei vielen unter uns mittlerweile in den Genen festgesetzt hat und deshalb als alternativlos angesehen wird!
Markus Müller



HZ Nr. 38 22.9.2016
«Neue Rollen für die Pöstler in Schaffhausen»
Pöstler werden zum Stromzähler via@Handelszeitung
Markus Peter
@MarkusPeter

HZ Nr. 38 22.9.2016
«Neuer Schwerpunkt zum Thema Digitalisierung»
«digitalisierung gewinnt man nicht in brüssel» & es braucht investition in exzellenz. via@Handelszeitung: Die Digitalisierung

gewinnt man nicht in Brüssel @mathiasohanian
Aileen Zumstein
@aileenzumstein

HZ Nr. 38 22.9.2016
«Wie energieeffizient sind Billigflieger?»
Reisende haben nun die Möglichkeit, den Flug mit der geringsten CO₂-Emission zu suchen und zu finden. Tolle Sache!
Michael Pelzl
@harissen



HZ Nr. 38 22.9.2016
«Das Wettrennen der Zahlungssysteme»
Twint hat so oder so keine Chance; dass jede Kasse mit einem zusätzlichen Gerät ausgerüstet werden muss, ist Schwachsinn ... Die einzige Chance wäre gewesen, dass sich eine inländische Lösung vor Apple Pay verbreitet - ist aber offensichtlich nicht geschehen. Die Front der Banken wird schon bald bröckeln.
Rudolf Steiner



HZ Nr. 38 22.9.2016
«Debatte um AHVplus»
Die Schlagzeile «Mehrheit der Schweizer will nicht bis 67 arbeiten» ist etwa so sinnvoll wie die Aussage «Mehrheit der Schweizer will nicht 10 Prozent tiefere Rente» bzw. höhere Steuern und Abgaben. Nur im Zusammenhang mit der Finanzierung der höheren Lebenserwartung ist die Frage überhaupt sinnvoll zu beantworten.
Stephan Wiesendanger

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
 **E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch
 **Twitter:** twitter.com/handelszeitung
 **Facebook:** facebook.com/handelszeitung
 **Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel